WP-5-342 Kapitel 5: Berlin begleitet ein Leben lang

Antragsteller*in: Antragskommission
Beschlussdatum: 02.02.2026

Änderungsantrag zu WP-5

Nach Zeile 342 einfügen:
Demokratie und Miteinander an Hochschulen und Universitäten leben

Hochschulen sind Orte der Miteinanders und der Demokratie. Auch deshalb sind sie schon immer auch Orte gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Universitäten müssen Räume bleiben, in denen friedlicher Protest, studentischer Aktivismus und kontroverse Debatten möglich sind und geschützt werden. Gerade in Zeiten großer politischer Unsicherheiten braucht es mehr niedrigschwellige, moderierte Debattenräume, die unterschiedliche Perspektiven sichtbar machen, Dialog fördern und Polarisierung entgegenwirken. Wissenschafts- und Meinungsfreiheit sind dabei untrennbar mit dem Recht auf friedlichen Protest verbunden. Wir setzen wir uns für die Wahrung der institutionellen Autonomie der Hochschulen ein und wollen politische Eingriffe in hochschulinterne Angelegenheiten begrenzen.

Gleichzeitig müssen die Sicherheit und das unbeschwerte Studium aller, insbesondere von Jüdinnen*Juden, ebenso garantiert werden wie die gleichberechtigte Teilhabe von jüdischen und palästinensischen sowie als israelsolidarisch und propalästinensisch gelesenen Organisationen am Diskurs. Wir lehnen einen Diskurs ab, der die Sicherheit von Jüdinnen*Juden gegen elementare Bürger- und Freiheitsrechte ausspielt. Antisemitische oder diskriminierende Aussagen, Gewalt oder Vandalismus dürfen in Hochschulen keinen Platz haben, ihnen muss mit antisemitismus- und diskriminierungskritischen Präventionskonzepten vorgebeugt werden. Wir setzen uns für den Ausbau demokratischer Strukturen an den Berliner Hochschulen ein und unterstützen Initiativen zur Einführung viertelparitätischer Wahl- und Grundordnungsgremien der akademischen Selbstverwaltung.

Darüber hinaus ist es essentiell, die Berliner Hochschulen resilienter zu machen. In Anerkennung und unter Wahrung der Hochschulautonomie wollen wir gemeinsam mit den Berliner Hochschulen erarbeiten, welche Rahmenbedingungen jetzt politisch angepasst werden müssen, um die Hochschulen und ihre Verwaltungen besser vor antidemokratischen Angriffen zu schützen.

Begründung

Der Änderungsantrag wurde aus technischen Gründen angelegt, um diesen als modifizierte Übernahme für die Änderungsanträge WP-3-654, WP-3-654-2 und WP-3-654-5 aus Kapitel 3 hier zu Hochschule in Kapitel 5 zu ziehen.